

# Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkchaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488. Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin, den 3. Januar 1908.

Erscheint alle 14 Tage, Freitag. Bezugspreis inkl. „Die Gewerkchaft“ vierteljährlich durch die Post (ohne Postgeld) 2,— Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164.

Redaktionschluss: Freitag vor dem Erscheinen.

## Inhalt:

Das Koalitionsrecht in den Berliner Pflegeanstalten. Badearbeiter und Bademeisterinnen, Massierte und Wäscherinnen! Wachet auf aus Eurer Verbannung! Aus unserer Bewegung. Rundschau. Prekariat.

## Das Koalitionsrecht in den Berliner Pflegeanstalten.

Die Deutschen haben das Koalitionsrecht, wenn sie es aber anwenden, werden sie bestraft. — Mantano.

Das vorstehende Gut von Mantano trifft, im engeren Sinne auf die Praxis der Berliner Stadtverwaltung angewandt, auch für die Arbeiter der reichsbauwirtschaftlichen Betriebe zu. Stets, wenn im Alten Hause die Sprache auf das Vereinigungsrecht der händlichen Arbeiter und Angestellten kommt, dann fließt der Mund der liberalen Berliner Politiker über von Sympathiebezeugungen für dieses im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Recht. Der Herr Erzbischof meiner selbst hat schon mehrfach Gelegenheit genommen, die Unantastbarkeit der organisatorischen Betätigung zu versichern. Man sollte meinen, daß dies goldene Wort für die diversen Verwaltungen und Betriebsleiter wären. Aber weit gefehlt! In den Händen der Regierung wandelt sich die liberale Theorie aus dem der Öffentlichkeit zugänglichen Zingungsstaal in die gegenseitige Praxis. Da preist man auf all die schönen Versicherungen und springt mit „Ihnen“ Arbeitern um, daß es nur solche Art hat. Wozu braucht der Arbeiter eine Gewerkchaft, wenn er das Glück hat, unter einem „wohlwollenden“ Vorgesetzten tätig zu sein, der „wie ein Vater“ für ihn sorgt. Nur schmöder Hundst ist schuld, wenn bei dem Betroffenen für das „wahrliche Wohlwollen“ nicht das nötige Scheitern auskommt.

Mit solchen „Ausgeglichenen“ Vorgesetzten haben ganz besonders die Angehörigen der händlichen Pflegeanstalten zu kämpfen. Die Hebergriffe gegenüber den Verlegern und hier Lesgen. Dazu bietet die Heilandsbetreuung eine willkommene Handhabe. So ist mehreren Kollegen in Wuhlgraben für einen Abend, an dem eine Versammlung vom Verbands Vertrauensmann einberufen war, der bereits erteilte Heilans wieder entgegen worden. Den Kollegen verließen Amal und von der Überdrucker die Sonderzettel dieser Versammlung abgenommen worden mit dem Bemerkung, daß erst mal festgestellt werden müsse, ob sie dort hingehen dürfen! Natürlich wurde das verneint. In Putsch hat kurz vor der letzten Versammlung ein Oberarzt erklärt, daß den für diese Heilans Rückföhernden der Arbeitsurlaub verweigert werden würde. So und ähnlich respektiert man hier also das Koalitionsrecht!

Eine besonders schöne Blüte aber hat kurzlich die bezüglich die Tugenden der Verwaltung des Hübans Krankenbauwesens getrieben. Sie anfertigte sich in der Maßregelung zweier Vertrauensmänner unseres Verbandes, welche gleichzeitig in charakteristischer Weise jetzt mit solchen Schwergelassen unserer Organisation zu kämpfen hat.

Die Sache nahm ihren Ausgang bei jener Demontationsaffäre, über die wir in Nr. 23 der „San.“ 1907 berichteten und in der ein Judas dadurch sich bei der Verwaltung lieb und machen wollte, daß er den Kollegen Weenen amwarfte. Die mehrwürdige

Behandlung der Angelegenheit durch den Direktor Diejener gab den Kollegen Veranlassung, in einer Resolution ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Diese Resolution nun gab die so schuldlich herbeigewünschte Gelegenheit, unseren wegen seiner organisatorischen Tätigkeit schon lange verhassten Kollegen Weenen und mit ihm den in gleicher Weise unangenehm aufgefallenen Vertrauensmann Fischerer loszuwerden. Und das machte man so: Den beiden Genannten wurde aufgegeben, die in die Öffentlichkeit gekommene Resolution zu widerrufen, da sie nicht die Wahrheit enthalte; denn der Herr Direktor empfinde es als eine „persönliche Ehrenkränkung“, wenn ihm darin Gegnerschaft zum Koalitionsrecht nachgesagt würde. Daß hierzu nur die Kollegenchaft berechtigt war, und daß andere Gründe für die Aktion gegen Weenen nicht in Frage kamen, spielte keine Rolle; beiden wurde, nachdem sie diese Forderungen dem an sie gestellten Verlangen entgegengehalten hatten, zunächst die Kündigung angedroht, dann definitiv akündigt. Die Erfüllung setzte sich darauf mit dem Stadtverordneten Dr. Wehl in Verbindung, welcher in freundschaftlicher Weise mit dem Herrn Direktor Rücksprache nahm und dann mitteilte, daß der Letztere auf seinem Verlangen stehen bleibe. Unter Berücksichtigung der Entlohnung der Angelegenheit konnte natürlich von einer Erfüllung dieser Forderung nicht die Rede sein. Trotzdem wurde ein Vermittlungsversuch gemacht in Gestalt nachstehenden Schreibens:

Berlin, den 14. November 1907.

Gechter Herr Direktor!

In einer Unterredung mit meinem Parteifreunde Stadtverordneten Dr. Wehl teilte mir derselbe eine Äußerung von Ihnen mit, wonach Sie es als persönliche Ehrenkränkung ansehen, wenn Ihnen von den organisierten Angestellten Gegnerschaft des Koalitionsrechts nachgesagt wird. Dr. Wehl knüpfte an diese Mitteilung den Wunsch, daß wir uns entsprechend erklären möchten. Dem können wir gern entsprechen, da uns ja in unserer organisatorischen Arbeit nichts ferner liegt, als Personen zu treffen; leider können wir das trotzdem nicht immer vermeiden, weil uns von Einzelnen sehr oft Schwierigkeiten bei Betätigung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts bereitet werden.

Diese Auffassung mußte auch im vorliegenden Falle zunächst absolut nichts nachgesagt wird, sondern weil derselbe wegen seiner kritischen Tätigkeit — wie Sie, Herr Direktor, in der Aussprache mit dem Unterzeichnerten selbst sagten — „unangenehm“ geworden war. Das mag sein, es ist aber erklärlich, wenn dieser Kollege mit Worten wie „Kummel“ usw. belegt wird wie gleichfalls mit gegenüber geschehen. Da geht das Temperament des Ruhigsten schließlich durch. Ferner wurde ich in meiner Ansicht bestärkt durch die Abweisung meiner händlichen Vermittlungsversuche, deren Scheitern ich sehr bedauerte.

Wenn nun Sie, gechter Herr Direktor, Herrn Dr. Wehl gegenüber erklärten, daß Ihnen nichts ferner liegt, als die Vereinigungsfreiheit der Kollegen und Kollegeninnen irgendwie zu beeinträchtigen, so bin ich darüber sehr erfreut und habe die Heberzeugung, daß dann künftig Differenzen im Hübans Krankenbau ausgeglichen sein werden. Diese meine Meinung teilen auch die Kollegen Fischerer und Weenen, was sie auf meine Veranlassung unten durch Gegenzeichnung bestätigen.

Wir werden in der heute Abend stattfindenden Versammlung im „Rätischen Hof“ der Kollegenchaft ebenfalls davon Kenntnis geben und auch den Redakteur der „Sanitätswarte“ veranlassen, davon Notiz zu nehmen.

Bezüglich der „Berliner Volkszeitung“ bemerke ich, daß unse-  
rerseits mit dieser Blatte keinerlei Verbindungen unterhalten  
sind.

Mit Hochachtung ergehe ich

Emil Wuckel

Bevollmächtigter des Verbandes der Gemeinde-Arbeiter.

Gegenzeichner: Joh. Weenen, Karl Eschirner.

Als Antwort darauf erhielt die Ortsverwaltung den folgen-  
den Brief:

Berlin, den 17. November 1907.

Auf das Schreiben vom 14. d. Mts. erwidere ich dem Ver-  
bände, daß ich es nach wie vor ablehnen muß, in dienstlichen  
Angelegenheiten mit Organisationen oder deren Vertretern, die  
der städtischen Verwaltung nicht angehören, zu verhandeln bzw.  
in Schriftwechsel zu treten.

Wenn ich in diesem Falle davon abweiche, so geschieht es zur  
Aufklärung eines Irrtums Ihrerseits.

Ich habe Herrn Stadtverordneten Wehl, welcher mehrfach  
vom Anstaltspersonal in persönlichen Angelegenheiten in An-  
spruch genommen wurde, nur auf die in Versammlungen gemach-  
ten unwarhen Behauptungen aufmerksam gemacht und dagegen  
seitgestellt, daß:

1. Die Direktion mit dem Ausfall der Arbeiterauschuh-Wahl  
und deren Bestätigung nichts zu tun hat.
2. Die Mündigung Weenens nicht auf seine kritisierende Tätig-  
keit, sondern darauf zurückzuführen ist, daß er mehrfach persön-  
liche Streitigkeiten mit anderen Anstaltsbediensteten gehabt  
hat und daß er sich gegenüber eines für sein jugendliches  
Alter höchst unpassenden Benehmens schuldig gemacht, welches  
schließlich im Interesse der Ordnung in der Anstalt seine Ent-  
fernung aus dem Anstaltsdienst nötig machen muß.

Die Inhabierung der Mündigung ist erfolgt, um den Be-  
treffenden, auch dem Hausdiener Eschirner, Gelegenheit zu  
geben, die durchaus unwarhen Erklärungen in den bestimmten  
Blättern zu widerrufen.

Hiermit ist für mich die Angelegenheit erledigt.

In einem weiteren Schriftwechsel mit dem Verbandsrat kann ich  
mich jetzt und auch fernerhin nicht einlassen, muß dem Verbands-  
rat vielmehr anheimstellen, sich gegebenenfalls an die der diesseitigen  
Verwaltung vorgelegten Behörden zu wenden.

Diesener, Verwaltungsdirektor.

Die Behauptung zu Ziffer 1 kann hier übergangen werden;  
sie bezieht sich auf die wiederholt kassierte Arbeiterauschuh-Wahl,  
über die seinerzeit berichtet wurde. Es mag hier nur gesagt sein,  
daß beim früheren Auschuh nicht so penibel auf die Erfüllung  
der Bestimmungen geachtet wurde wie diesmal! Warum nicht? Sie  
in Ziffer 2 angezogenen „persönlichen Streitigkeiten“ bestehen  
darin, daß W. es sich stets angelegen sein ließ, Schmähsungen unserer  
Organisation durch Auch-Kollegen mit der angemessenen Energie  
zurückzuweisen. Möglicherweise ist der Hinweis auf das „jugendliche  
Alter“ und das „unpassende Benehmen“. Erkennt der Herr Direktor  
die Intelligenz nur an, wenn sie sich mit grauem Haupte deckt?  
Das ist ein böser Irrtum; denn Alter schützt auch nicht vor Torheit.  
Das „unpassende Benehmen“ ist bei den Herren Vorgesetzten aber  
immer da, wenn sich ein Angestellter seiner Haut wehrt, und sei es  
in noch so gewählter Form; wieviel mehr ist dies bei Herrn Direktor  
Diesener der Fall, der bei Auseinandersetzungen selbst vor Insulten  
nicht zurückbleibt! Und hier liegt auch des Pudels Kern! Nur  
die unerhördete und gerade auch die gemeinsame Art, wie die  
Gewahrgelassenen ihre Sache führten, ist es gewesen, welche sie „un-  
angenehm“ gemacht hat in den Augen des Direktors. Nicht ein  
Schatten von einem anderen Grunde konnte ihnen nachgesagt wer-  
den. Im Gegenteil: dienstlich mußte ihnen allseitig das beste Zeug-  
nis ausgestellt werden. Wenn trotzdem Kollege Weenen ein Nüch-  
terungszeugnis erhielt mit dem Prädikat „befriedigend“, so ist das  
einmal eine Unwahrheit angesichts der Äußerungen des Direktors  
selbst, andererseits aber charakteristisch für den Haß, mit dem Er-  
ganisierter verfolgt und das berühmte Wohlwollen, mit dem die  
Arbeiter angeblickt werden.

Kollege Wuckel wandte sich nun an den Dezernenten der  
Berliner Krankenhäuser, Herrn Stadtrat Dr. Weigert. Natürlich  
wurde zunächst seine Legitimation angezweifelt; man ver-  
handelte mit Verbandsvertretern nicht. Schließlich telephonierte der  
Herr Stadtrat aber an den Direktor, um sich nochmals bestätigen  
zu lassen, wie schwer kränkend für diesen die Behauptung, er sei  
Organisierter der Organisationsfähigkeit, sei. „Und das kann ich Herrn  
Direktor Diesener nachfühlen!“ sagte der Herr Stadtrat hinzu.  
Erst auf die Vorstellung hin, daß es ja darauf ankomme, zu unter-  
suchen, ob dem Herrn Direktor der Vorwurf zu Recht gemacht werde  
oder nicht, wurde ein Eingehen auf die Sache zugesagt. Dazu  
mußten aber die Petroffenen selbst dem Herrn Stadtrat das Mate-

rial schriftlich überreichen. Die dringliche Behandlung wurde jetzt  
versprochen, um nicht die Mündigungsfrist verstreichen zu lassen.  
Die von den Kollegen des Urban gewählte Kommission zu empfangen  
lehnte der Stadtrat ab.

Was dabei herausgekommen ist? Bis heute verlautet von dem  
Resultat der städtischen Untersuchung kein Wort — bis heute  
haben die Gewahrgelassenen auf die wunschgemäß eingereichte schrift-  
liche Beschwerde keine Antwort erhalten. Sie haben ihre Stellung  
verlassen müssen, ohne daß auch der kleinste Versuch gemacht worden  
ist, ihnen ihr Recht zukommen zu lassen. So verfährt man in  
Berlin mit Arbeitern, die über 2 bzw. 3 Jahre gewissenhaft ihren  
Dienst getan haben, die nur den Fehler an sich hatten, daß sie  
glaubten, denkende Menschen zu sein und nicht Sklotten — die  
schließlich sogar meinten, diesem Glauben entsprechend handeln zu  
können.

Es war leider nicht möglich, diesen eklatanten Gewaltakt, der  
ein grelles Schlaglicht auf die Koalitionsfreiheit der Pflegeanstalts-  
Angehörigen wirft, die richtige Antwort entgegenzusetzen. Die  
Kollegenchaft ist noch immer von einem Indifferentismus erfüllt,  
der ans Sklavische grenzt. Andernfalls würden sie solchen Atten-  
taten auf ihre Staatsbürgerrechte mit der Waffe des gemeinsamen  
Wollens und Handelns entgegenreten.

## Bademeister und Bademeisterinnen, Masseure und Masseusen! Wachtet auf aus Eurer Letargie!

„Es ist nicht alles Gold, was glänzt!“ So kann man aus-  
rufen, wenn man die wirtschaftliche Lage eines erheblichen Teils  
unserer Berufscollegen und Kolleginnen betrachtet. Ist geben sie  
sich wohl den Anschein, als wäre ihnen Not und Elend unbekannt.  
Betrachtet man ihre Kleidung und ihr Auftreten, so kann man in  
dieser Annahme leicht bestärkt werden. Doch wie liegen die Dinge  
in Wirklichkeit?

Tadurch, daß der Bade- und Massageberuf vorwiegend ein  
Saisonberuf ist, erhält er schon sein eigenartiges Gepräge.  
Mit der Sommer ein guter, so daß die Herren und Damen der  
besser situierten Klasse von ihrer ermüdenden Arbeit in großen  
Scharen ins Bad reisen können, dann blüht allerdings für viele  
Badebediensteten eine bessere Zeit. Hierauf stützen sich natürlich  
viele, und sie sind bestrebt, sich während dieser Zeit einen guten  
Verdienst zu erwerben. Doch nicht immer waltet das Glück! Viel-  
fach kommt es vor, daß der Sommer ein recht mißliches Gesicht  
zeigt, und viele Hunderte vom badenden Publikum werden dadurch  
abgehalten, die Bäder und Sanatorien usw. zu besuchen. In vielen  
Fällen ist das Personal natürlich schon engagiert. Tadurch aber,  
daß man ihm keine nennenswerten Rechte in Bezug auf Anstellung  
und Lohn gewährt und es in den meisten Fällen auf Trink-  
gelder angewiesen ist, hat es nur einen sehr geringen Verdienst,  
so daß es mit demselben nicht auskommt und daher gezwungen ist,  
die Städte seiner Wirksamkeit beizugehen wieder zu verlassen. Kom-  
mt es nicht gleich wieder Arbeit was ja gar nicht so selten  
der Fall ist — dann muß es seine paar erpörrten Groschen auf-  
brauchen, und oft ist die Pfandleihe der letzte Helfer. Das Elend  
wird auch dadurch vergrößert, daß man in diesem Verufe geradezu  
eine direkte Massenproduktion von Bademeistern und Masseusen  
usw. vornimmt. Ungleich nun die Bedürfnisse des Publikums in  
Bezug auf Badeeinrichtungen immer größer werden und auch  
jedes Jahr eine größere Anzahl derartiger Institute zur Errichtung  
kommen, bleibt es doch eine feststehende Tatsache, daß die Nach-  
fragen nach Arbeit weit über die Angebote hinausgehen. Eine  
ganze Reihe von Unternehmungen sind vorhanden, die ein Interesse  
daran haben, Personal auszubilden und sich den Teufel darum  
kümmern, ob der Markt mit Arbeitskräften genügend versorgt resp.  
überfüllt ist oder nicht. Für sie kommt nur der Profit in Frage.  
Nicht nur, daß die Massenausbildungen in anerkannten Instituten  
vorgenommen werden, nein, in vielen Schwindelinstituten wird das  
gleiche getan. Man läßt sich dafür zuvor eine hohe Summe zahlen,  
und wenn dann der Lernende den dreimalweisen Ausbildungs-  
raum mit den paar darin befindlichen, zumeist schon halb unbrauch-  
bar gewordenen Maritaten betritt, dann kommt er zur Erkenntnis,  
und er wird so allmählich gewahrt, wie sehr er wieder einmal ge-  
wisshat wurde. Sein Geld, das er vielleicht recht mühsam zu-  
sammengespart hat, ist freilich futsch. Verlangt er es zurück, dann  
wird er brüsk abgewiesen. Auch das massenhaftige „Ausbildungs-  
institut“ in Leipzig soll „musterartig“ dastehen. Denn so manches  
Mitleid wurde schon darüber geäußert. Doch es heißt ein Sprich-  
wort: „Die Summen werden nicht alle!“

Außerdem gibt es aber noch eine ganze Anzahl Badeanstaltsbesitzer, die Personal ausbilden, und zwar ganz unentgeltlich! Dies geschieht aber doch nur des persönlichen Vorteils wegen, denn der Lernende muß volle sechs Monate schaffen, ohne auch nur einen Heller Lohn zu erhalten. Trinkgelder, die ihm eventuell gegeben werden, darf er annehmen. Wie spärlich dieselben oft fließen, das wissen ja alle Kollegen und Kolleginnen selbst. Daß es demnach kein Wunder ist, wenn infolge des Trinkgeldderwunsens an einem solchen armen Teufel oft Zumutungen gestellt werden, die wohl als alles andere, nur nicht als sittliche zu bezeichnen sind. Unter diesen Erscheinungen hat selbstverständlich auch das weibliche Personal im hohen Maße zu leiden. Daß das Trinkgeldsystem in diesem Berufe überhaupt eine große Rolle spielt und auf die meisten demoralisierend wirkt, so daß sich aus diesen Reihen eine große Zahl Spielbeller (Schmarober) rekrutiert, ist wohl eine unumstößliche Tatsache. Wäre das nicht der Fall, dann müßten sie schon längst den Ernst der Zeit begriffen haben und leichter der Organisation zuzuführen sein. Wenn nun auch nicht gesagt sein soll, daß die Kollegen gegenwärtig das Trinkgeldnehmen gänzlich vermeiden können, so dürfte das jedoch nur für ganz besondere Geschäftigkeiten genommen werden. Das Hauptbestreben aller muß sein, für den geleisteten Dienst einen festen und auskömmlichen Lohn zu erhalten. Das ist natürlich nur möglich, wenn unter dem Personal Einigkeit herrscht und es sich sämtlich seiner zündigen Organisation anschließt. Auf diesem Gebiete liegen aber die Dinge noch sehr im argen. Hier sowie im Krankenpflegeberufe hat man Türende von Standes- und Vergnügungsvereinen. In diesen läßt man wohl von Vorgesetzten allerlei Vorträge halten, winkelt auch um sie herum, damit diese etwas zur Besserung tun sollen, hält dann und wann mit ihnen gemeinschaftliche Tanzveranstaltungen ab und bringt zum Schluß noch ein kräftiges Hoch aus auf ihre vorgelegten Proleten. Damit glauben nun die Herren alles getan zu haben, um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Das Personal, das in seiner Mehrheit auf dem Organisationsgebiete noch auf einer sehr niedrigen Stufe steht, wird sich nur allzu leicht in diese Bauwauvereine verlaufen. Da diese Vereine fast alle nebeneinander etwas Stellenvermittlung führen, so können sie ihren Mitgliedern gegenüber doch wenigstens in etwas gerecht werden. Sobald aber die Wünsche der Kollegen und Kolleginnen in dieser Beziehung nicht ganz erfüllt werden, dann laufen sie eben wieder so schnell davon, wie sie gekommen sind. Mit anderen Worten: „Es geht in diesen Vereinen rein und raus wie in einem Bienenhaus“. Sind sie dann alle Vereine glücklich durchlaufen, so fangen sie wieder einmal von vorn an, bis sie es dann endlich wieder mit dem Inferieren und dem privaten Stellenwucherer verbunden.

Auch unsere Organisation hat darunter bis zu einem gewissen Grade zu leiden. Sobald man einem Kollegen eine Stelle vermittelt worden ist oder seine Wünsche nicht immer ganz erfüllt werden konnten, dann jagt er dem Verbandsleiter. Daß das von diesen Leuten das Nimmigste ist, was sie überhaupt tun können, ist wohl leicht verständlich. Liegen die beruflichen Verhältnisse so, daß ein Stellennachweis notwendig ist und das ist hier tatsächlich der Fall - dann können die Kollegen und Kolleginnen nur protestieren, wenn sie alle ein und demselben Verband angehören, so daß die Arbeitgeber mehr auf diese Zentralstelle angewiesen sind und die Angestellten nicht mehr notwendig haben, Ansuchen für Inferate und Privatstellenvermittler anzugeben. Es brauchte dann auch nicht mehr vorkommen - wie es heutzutage häufig geschieht - daß sich Kollegen und Kolleginnen an Türende von Arbeitgebern wenden und doch fast immer den negativen Bescheid erhalten: „Es ist keine Stelle frei!“ oder, wie es ebenfalls vorkommt, daß sie trotz Rückporto keine Antwort erhalten. Im Winter laufen die Kollegen und Kolleginnen beispielsweise massenhaft ohne Arbeit herum. Niemand weiß, woher er für den nächsten Tag seinen Unterhalt nehmen soll. In Massen strömen sie zum Unternehmer, um Beschäftigung zu erhalten. Einer unterbietet den andern. Daher auch das vielfach rigorose Benehmen der Prinzipale. Eine Regelung in bezug auf Angebot und Nachfrage ist demnach hier dringend am Platze. Moment es doch sogar vor, daß nichtorganisierte Stellenlose, die schon wochen- und monatelang keinen Verdienst haben, auf unserem Bureau um Arbeit nachfragen und dabei vor Verzweiflung die bittersten Tränen weinen. Sogar vor dem Neupfersten wollen sie nicht zurückweichen. Hier illustriert sich also der Padeberuf in seiner ganzen Vereltheit.

Aber nicht genug, daß die Kollegen und Kolleginnen unter all diesen Unzuträglichkeiten zu leiden haben, nein, auch sonst ist ihre Lage oft eine recht bedauerliche. Eine Arbeitszeit haben sie meistens von früh 8 Uhr bis abends 9 und 10 Uhr. Mittagspause wird in vielen Anstalten nur eine sehr geringe Zeit, teilweise auch gar nicht gewährt. Wer diesen Beruf kennt, der weiß, wie schwer es fällt, seine volle Pflicht zu tun. Und was wird nicht alles von den Kollegen resp. Kolleginnen verlangt? Sie sollen unter anderem sein: Barbier, Friseur und Tafeldiener, Gärtner, Zimmermann, Schloffer, Heizer u. dergl. m. Und das alles für den horrenden Lohn von monatlich 20, 25 und 30 Mk. Oft auch nur für ein spärliches Almosen (Trinkgeld). Gewiß erhalten sie dazu noch freie Station und Kost. Letztere wird aber auch häufig in einem Zustande geboten, wie man es ausnahmsweise nur beim Pflegepersonal gewöhnt ist, nämlich: Man kann schon vom Geruch satt werden!

Die Kolleginnen haben selbstverständlich unter denselben Verhältnissen zu leiden. Unzählige Beispiele könnten hierfür angeführt werden. Doch greifen wir nur eines derselben heraus: Eine Kollegin aus Konstanz schreibt nämlich unter anderem folgendes: „Zeit dem 1. 10. 07 bin ich hier bei Herrn . . . . . als Kassense in Arbeit. Ich sollte monatlich ein Gehalt von 30 Mk. und außerdem viel Trinkgelder erhalten. Letztere betragen aber vom 1. bis 12. v. M. nicht mehr als 50 Pf. Dabei muß ich von früh 6 Uhr bis abends 9 Uhr ohne Unterbrechung schaffen. Mittagspause wird mir nicht gewährt. Meine Hauptmahlzeit bekomme ich um 1/2 Uhr. Das andere Essen muß ich mir selbst besorgen. Auch muß ich männliche Badegäste bedienen. Desgleichen habe ich den Kessel zu heizen (!) und für warmes Wasser zu sorgen. Wäsche muß ich in Ordnung bringen. Auch habe ich die Anstalt zu reinigen, wie Sprechzimmer, Heizraum, Keller und vieles andere noch mehr. Auf meine Beschwerde hierüber muß ich mir sogar sagen lassen, daß ich erst zum Arbeiten eindreiffert werden muß!“

Dieser eine Kritik knüpfen, ist wohl überflüssig; denn dieser Bericht spricht selbst deutlich genug. Wenn nun auch die Verhältnisse nicht überall so schlecht sind, wie die hier geschilderten, so trifft das aber mehr oder weniger doch recht häufig zu. Grund genug für diejenigen, welche wirklich besser dastehen, auch für die Verbesserung der ganzen Berufslage mit einzutreten! Es ist dies eine moralische Pflicht jedes Einzelnen. Leider muß gesagt werden, daß in dieser Beziehung bei vielen das Pflichtgefühl etwas ganz Unbetanntes ist. Haben die Kolleginnen und Kollegen ein ernsthaftes Interesse an ihrem Beruf und sind sie aufrichtig bestrebt, ihn zu einem gesunden zu gestalten, so können sie das selbstverständlich nur, wenn sie alle der modernen Organisation angehören. Jeder muß seinen Mann stehen und unaufhörlich für den Verband neue Mitglieder werben. Geschieht das, dann werden wir auch zum Ziele gelangen.

Kollegen und Kolleginnen! Schon so mancher Lange hat unser Verband für Euch gebrochen. Vielen ist auch in bezug auf Rechtschutz, Krankens-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung Hilfe geleistet worden. Zur Wahrung Eurer Interessen wird außer der „Gewerkschaft“ extra noch „Die Sanitätswarte“ herausgegeben. Und wer von uns will leugnen, daß er speziell bei den jetzigen Zeiten keiner Hilfe bedürfte? Unser Verband könnte Euch aber noch weit mehr bieten, wenn Ihr alle gemeinschaftlich demselben angehört würdet. Es gibt heute kaum noch denkende Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht ihrem Verbandsangehörigen. Auch unsere Vorgesetzten schließen sich in Verbänden zusammen, um ihre Interessen zu wahren. Sollen wir, die wir doch die wirtschaftlich Schwächeren sind, nicht das gleiche tun? Wir sind es uns und unserer Nachkommenschaft schuldig, für eine auskömmliche und sichere Existenz zu sorgen. Deshalb legt ab Euren Schlandrian und helfe emsig mitarbeiten an der Gestaltung einer besseren Zukunft! Nur derjenige, der diesem Aulse folgt, kann von sich sagen: er hat seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan!  
M. S.

### Aus unserer Bewegung.

Berlin. Am 18. Dezember 1907 versammelte sich das Personal des Krankenhauses Am Urban, um die infolge der Maßregelung des früheren Vertrauensmannes notwendig gewordene Neuwahl vorzunehmen. Zum Vertrauensmann der Anstalt wurde einstimmig

der Kollege Fickner gewählt. - Der Wahl ging ein beifällig aufgenommenes Referat der Genossin Maderit über „Arbeit und gesellschaftlicher Fortschritt“ voraus. Nach dem Vortrag wurde der Bericht über die hattagefundenen Verhandlungen in der Maßregelungsfrage der Kollegen Fickner und Weenen (siehe Leitartikel) gegeben. Die Versammelten legten ihre Auffassung über diese Angelegenheit in folgender Resolution nieder:

„Nach Kenntnisnahme des Berichtes über die Verhandlungen, betr. die Maßregelung der Kollegen Fickner und Weenen, erklären die am 18. Dezember versammelten Angestellten des Krankenhauses Am Urban: 1. daß die Unterbindung der Angelegenheit nicht so geführt worden ist, um ein objektives Ergebnis zu zeitigen; 2. daß die von den Gemäßigten geforderte Zurücknahme der Resolution vom 31. Oktober diesen nicht möglich, sondern lediglich Aufgabe der Kollegenchaft war, und 3. daß zum Widerruf dieser Resolution solange keine Veranlassung vorliegt, als nicht andere als die in derselben angegebenen Gründe für die Entlassung der beiden Kollegen festgestellt worden sind. Die Versammelten sind daher vor wie noch überzeugt, daß die Entlassung nichts als eine Maßregelung der Genannten wegen ihrer mannhaften Wahrnehmung der Interessen der Kollegenchaft darstellt. Andere Gründe sind bis heute nicht ermittelt worden, vielmehr mußten die Gemäßigten von allen Vorzügen denütliche Täuschung zu gestanden werden. Die Versammelten bedauern daher die erfolgte Entlassung und bezeichnen dieselbe als völlig unbegründet. Die Versammelten verüben schließlich, trotz alledem nicht zu erlaben, weiterhin gemeinsam an der Wahrnehmung ihrer Rechte zu arbeiten und treu zu ihrer Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu halten.“

Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, treu zur Organisation und deren Vertrauensleuten zu stehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Berlin.** Für das Personal der Anstalt Herzberge fand am 18. Dezember 1907 eine Versammlung statt. Kollege Wught referierte über: „Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Berliner Magistrat“. Medner führte der Versammlung vor Augen, wie man im Berliner Rathaus stets bemüht ist, zu zeigen, was man nicht alles für die städtischen Arbeiter tue. In Wirklichkeit läge die Sache aber denn doch ganz anders aus. Mit doch in letzter Zeit erst von einem Berliner Amtsgericht in einem Urteil gesagt worden, daß die Stadt Berlin gegen die guten Sitten verstoße, wenn den Angestellten bei ihrem Eintritt ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wird, dessen Inhalt sich derselbe gar nicht bewußt ist. Obiges Urteil des Amtsgerichts sei wohl auch die Ursache, daß den Angestellten in Herzberge jetzt erst die Bedeutung des § 616 gesagt wurde, und zugleich, daß derselbe durch den Vertrag, den jeder bei seinem Eintritt unterschrieben hat, seine Rechtswirkung verliert. Dies zeige so recht die Arbeiterfreundlichkeit der Stadt Berlin. Dieselben freimütigen Politiker, die den § 616 im Reichstag zum Gesetz haben lassen und sich darauf nicht genug einbilden können, denken gar nicht daran, den Arbeitern die Wohltat dieses Paragraphen zukommen zu lassen. Medner schloß seinen wirkungsvollen Vortrag mit der Aufforderung, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten, denn nur durch die Organisation sei es möglich, sich die Rechte zu verschaffen, die den Arbeitern jetzt noch vorenthalten werden. In der anschließenden Diskussion stimmte man den Ausführungen des Referenten bei. Eine Versammlung vom Krankenhaus Friedrichshain fand gleichfalls am 18. Dezember 1907 statt. Hier referierte Kollege Dittmer. Unter Anhaltsangelegenheiten entspann sich eine überaus rege und interessante Diskussion, die mancherlei Mißstände zutage förderte. Wir werden bei Gelegenheit auf einzelnes zurückkommen.

**Berlin Anhalt: Buch.** Eine gut besuchte Versammlung des Personals der Anstalt Buch fand am Mittwoch, den 18. Dezember statt. Kollege Folske referierte über: „Der Kampf ums Dasein“. Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß gerade die Angestellten der Pflegeanstalten alle Ursache haben, im Kampf um ein besseres Dasein nicht zu ermüden. Nirgends sei der Mensch unfreier, nirgends seien die Verhältnisse verbesserungsbedürftiger als im Pflegeberuf. Ein Sieg des Personals im Kampfe um bessere Verhältnisse sei aber nur durch festen Zusammenschluß zu erzielen. Schafft Euch achtunggebietende Organisationen, und Ihr werdet Euch Achtung und Eure Forderungen Anerkennung finden. In der lebhaften Diskussion wurde die Notwendigkeit der Organisation für das Personal besonders betont. Beschwerden wurden über den 3. 3. bestehenden Arbeiter-Ausschuß laut, von dessen Tätigkeit man nur sagen könne, daß er im Ver-

borgenen blühe. Auch sonst kamen eine Reihe der verschiedensten Mißstände zur Sprache. Da die Ausschußmitglieder in der Versammlung durch Abwesenheit glänzten, gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Mitglieder des Ausschusses zur nächsten Versammlung brieflich einzuladen sind. Ca. 30 Aufnahmen waren das Resultat der Versammlung. Leider macht sich hier aber von gewisser Seite das Bestreben bemerkbar, den Kollegen bei der Vertretung ihrer Interessen Schwierigkeiten zu bereiten. So wurde einem Teil des Personals erklärt, falls sie am Mittwoch, dem Versammlungstage, Urlaub nähmen, würde ihnen der Urlaub zu Weisnachten entzogen werden. Wir müssen gegen eine derartige Einschränkung des Versammlungs- und Koalitionsrechtes entschieden protestieren. Diese Handlungsweise verstößt auch gegen die Bestimmungen der maßgebenden städtischen Behörden, welche die Organisationsbestrebungen der Arbeiter als berechtigte anerkennen. Doch die Kollegen und Kolleginnen werden sich dadurch nicht beirren lassen. Für sie gibt es nur das eine Ziel: „Vorwärts durch Organisation zu besseren Verhältnissen!“

### Rundschau.

Herr Streiter scheint gegenwärtig in Verlegenheit zu sein, wie er seinen „Arbeitspfeiler“ füllen soll. Nachdem nun auch noch zu allem Unglück das sentimental-seidene Zeuillon - „Seelenliebe“ brüht sich das Nachwerk - zu Ende ging, kann er seine eigenen Sätze aus den früheren Nummern wieder und glaubt vielleicht, durch die hereonpe Wiederholung, daß Straßengeh, Gasarbeiter, Waschfrauen und Krankenpfleger nicht zusammengehören, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die wirtschaftlichen Interessen aller Gemeindearbeiter und Arbeiterangehörten die gleichen sind und demzufolge auch die wirtschaftliche Interessengruppe in unserem Verbands zu finden ist! Aber Herr Streiter kommt es auch auf ein paar Unwahrheiten mehr oder weniger bei seinen trampfischen Schreibverüben nicht an. So dihtet er den Sieg der Unorganisierten bei der 1. Wahlteilung der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin in einen Sieg „seines“ Verbandes um. Herr Streiter „berzählt“ auch, daß unter den gewählten 13 Vertretern der „einstigen Liste“ sich ein Mitglied unseres Verbandes befindet. Aber das sind so Streiterische Gepflogenheiten, an die wir nachgerade gewöhnt sind. - Nebenbei bemerkt, verübt der tapfere Georg sich sehr gut in Position zu setzen. Unter „Aus unserem Verbands“ dankt er „allen denen, die am 14. Dezember 1907 mit Wort und Tat in freundlicher Weise gedachten“, mit anderen Worten dankt er also für die eingegangenen Geburtstagsgrüße! Ob dieses weiterführende „Verbandsereignis“ zur Agitation dienen soll für die Mitglieder oder für anderes, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls braucht Herr Streiter etwas Agitationsmaterial, sonst verdaucht ihm die ganze Geschichte, und so wird denn fröhlich aus einem Antwortschreiben des Münchener Magistrats, wonach die Zuschrift des ärztlichen Verbandes durch die neue Ordnung der Dienst- und Lohnverhältnisse ihre Ertledigung gefunden hat, ein Erfolg seines Verbandes gedrehselt! Der wirkliche und einzige Erfolg, den wir dem Streiterischen Verbands nicht absprechen können, ist aber, daß er durch seine Zerplitterungsversuche als Schuttruppe der Anhaltsdirektionen fungiert! Das mögen alle Kollegen und Kolleginnen bedenken, und ihm den Weg weisen!

In den sechs Berliner städtischen Krankenanstalten wurden im Etatsjahr 1906/07 43960 Kranke behandelt gegen 38429 im Vorjahre, mitbin mehr 5531, und zwar 3783 männliche und 1748 weibliche. Verfügbare Betten waren 1507 vorhanden, darunter 975 im Rudolf Virchow-Krankenhaus. Eine wesentliche Ausgestaltung erfuhr das öffentliche Gesundheitswesen durch die Einrichtung einer städtischen Zentralmeldestelle für den Nachweis freier Betten in den Krankenanstalten von Groß-Berlin und dann durch die Übernahme der Einrichtungen der Berliner Rettungsgesellschaft. Die Ausgaben betragen auf den Tag und Kopf eines Kranken im Krankenhaus am Friedrichshain 3,63 Mk., Moabit 3,81 Mk., am Urban 3,85 Mk., Rudolf Virchow 6,03 Mk., Götlicherstraße 3,51 Mk. und im Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus 4,72 Mk.

### Briefkasten.

gl. Berlin. Wegen Raummangels mußte der kleinere Artikel gewählt werden. Freundlichen Gruß! E. D.  
M. A., Leipzig. Mann in dieser Form nicht verwendet werden. Wird aber bei Gelegenheit mit bearbeitet. Vielen Gruß! E. D.